

## Das «japanische Wunder»: Der Weg Nippons in die Moderne

© Dagmar Lorenz

(1., 4., 6. und 10. Zwischentitel: MoneyMuseum)

*Die Wirtschaftsmacht Japan existiert nicht erst seit wenigen Jahrzehnten. Um die Jahrhundertwende bereits, als die Industriestaaten Europas mit militärischer Gewalt ihre Kolonien in Asien und Afrika befestigten, gelang es dem fernöstlichen Inselstaat als einzigem Land mit einer nichtwestlichen Kultur den westlichen Grossmächten Paroli zu bieten. Schier unaufhaltsam vollzog sich der Aufstieg Japans zur Grossmacht in Ostasien.*

### Ein erzwungener Aufbruch

«Für Ihren werten Rath betreffend die geschickte Ausführung der neu abgeschlossenen Staatsverträge muss ich meinen Dank aussprechen. Von jetzt an müssen wir alle als japanische Angehörige unsere Pflicht erfüllen, damit unser Vaterland mit den anderen Culturstaaten zusammen in gleichem Niveau steht. Wir sind doch noch immer in der Angst, als ob so ein kleines, nachträglich cultiviertes Land die richtige Bahn folgen könne; somit bitten wir noch immer um Ihren liebenswürdigen Rath zu Gunsten unseres Vaterlandes.»

Der in verhältnismässig flüssigem Deutsch abgefasste Brief, aus dem hier zitiert wird, trägt das Datum vom 14. Februar 1900. Absender ist Graf Sano Tsunetami, hoher Staatsbeamter, Diplomat und, nebenbei, Gründer der Vorläuferorganisation des Japanischen Roten Kreuzes. Sein Brief ist gerichtet an den Österreicher Heinrich von Siebold, einen jener ausländischen Berater, die einst dem japanischen Kaiserreich ihre diplomatischen, juristischen, technischen und administrativen Kenntnisse zur Verfügung stellten, «damit unser Vaterland mit den anderen Culturstaaten zusammen in gleichem Niveau steht», wie es Graf Sano formulierte.

Westliche Ausländer in japanischen Staatsdiensten – zur Zeit um die Jahrhundertwende war dies in Japan keine Seltenheit. In einem wahrhaft atemberaubenden Tempo ging man damals in Japan daran, den Sprung von einer traditionellen, weitgehend noch ständisch bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ins Industriezeitalter zu wagen: mit der Hilfe westlicher Berater und fortgeschrittener Technologie.

Um diesen Sprung erfolgreich tun zu können, bedurfte es freilich gewisser Voraussetzungen – und um letztere schien es noch 50 Jahre, bevor der zitierte Brief geschrieben werden konnte, denkbar schlecht bestellt. Der japanische Aufbruch in die westlich dominierte Weltordnung erfolgte nicht aus freien Stücken, er wurde vom Westen erzwungen.

### Öffnung per Kanonenboot

Am 8. Juli 1853 landete der amerikanische Commodore Matthew Perry mit zwei Dampfschiffen und zwei Segelschaluppen am Golf von Edo, dem späteren Tokio. So harmlos dieses kleine Geschwader aus heutiger Sicht auch anmuten mag: die «schwarzen Schiffe» des «westlichen Barbaren» verfehlten ihre Wirkung ebensowenig wie das Ansinnen ihres Kommandeurs, ein hoher japanischer Beamter möge einen Brief des amerikanischen Präsidenten Fillmore entgegennehmen. Der Brief enthielt die Forderung, amerikanischen Schiffen die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln, Holz und Kohle in japanischen Häfen zu garantieren, sowie amerikanische

Schiffbrüchige gut zu behandeln. Ausserdem sollte Japan so bald wie möglich einen Handelsvertrag mit den USA abschliessen.

Im Klartext bedeutete dies nichts weniger als die Forderung, Japan möge seine über 200 Jahre währende Isolationspolitik aufgeben und den Ausländern freien Zutritt ins Landesinnere gestatten – ein, aus japanischer Sicht schier unglaubliches Ansinnen, hatten doch die seit 1600/03 in Japan herrschenden Tokugawa-Shogune (Shogun = urspr. Titel eines kaiserlichen Oberfeldherrn: Tokugawa Ieyasu, der erste Fürst aus dem Hause Tokugawa, dem es gelang, das Land nach jahrhundertlangem Bürgerkrieg zu einigen und dem Geschlecht der Tokugawa die Vorherrschaft im Lande zu sichern, nahm diesen Titel an und vererbte ihn auf seine Nachfolger) einst per Dekret den Abschluss des Landes von der Aussenwelt befohlen. Fremde durften Japan nicht betreten, Japaner das Land nicht verlassen, der Handel mit Ausländern war untersagt – allerdings mit zwei Ausnahmen. Während den Chinesen ein beschränktes Handelsrecht in Nagasaki eingeräumt wurde, gestand man den Holländern zu, unter strenger Regierungsaufsicht eine Handelsfaktorei auf der künstlichen Insel Deshima im Hafen von Nagasaki zu betreiben.

Dass es Commodore Perry durchaus Ernst war mit der Durchsetzung amerikanischer Interessen, demonstrierte er unter anderem auch durch die Tatsache, dass seine Schiffe die (für Ausländer natürlich verbotene) Hauptstadt Edo anliefen, statt sich mit der Landung im Ausländerreservat Nagasaki zu begnügen. In Begleitung einiger Schwerebewaffneter ging der US-Kommandeur am 14. Juli an Land, überreichte zwei fürstlichen Gesandten die Nachricht des amerikanischen Präsidenten und kündigte an, dass er vor Ablauf des Jahres wiederkommen werde, um sich die Antwort abzuholen.

Unfreiwilligen Nachdruck verlieh dieser Forderung nach seiner Abreise noch ein weiterer ungebetener Gast: Einige Monate später tauchte der russische Admiral Putjatin mit vier Schiffen an Japans Küste auf – auch er war in der Absicht gekommen, das Land für seine Regierung wirtschaftspolitisch zu «öffnen».

## Handel als taktisches Manöver

Derartige Vorfälle lösten in den herrschenden Kreisen Japans erregte Debatten aus. Was war zu tun? Zwar sprach sich eine Minderheit für die kompromisslose Vertreibung der Fremden aus, doch war man vorgewarnt: Die einst als unbesiegt geltende Grossmacht China hatte vor Jahren schon militärische Demütigungen seitens der «westlichen Barbaren» hinnehmen müssen und am Beispiel China war das Muster westlicher Machtpolitik in Ostasien erkennbar. Einer militärisch erzwungenen Öffnung des Landes für den Handel folgten die sogenannten «ungleichen Verträge», die den militärisch und technologisch überlegenen Ausländern Handelsprivilegien, Pachtgebiete, eventuell auch Reparationszahlungen garantierten, und schliesslich zur fortschreitenden Kolonialisierung des Landes führten. Bahnte sich nun eine ähnliche Entwicklung in Japan an?

Führende japanische Beamte äusserten die Ansicht, dass Japan auf dem Gebiet der militärischen Rüstung mindestens ebenso unvorbereitet und unterlegen sei wie China. Sie empfahlen daher, dass man mit den Ausländern Handel treiben solle, wobei die erzielten Gewinne zur Aufrüstung des Landes zu verwenden wären. Auch solle man solange keinen Krieg beginnen, bevor man sich nicht mit den Gegnern auf gleicher technologischer Grundlage messen könne.

In jedem Falle stand fest, dass man Zeit benötigte und dass ein gewisses taktisches Entgegenkommen den Fremden gegenüber unvermeidlich war. Als Commodore Perry, wie angekündigt, tatsächlich im Februar 1854 mit einem erweiterten Geschwader zurückkehrte, schloss man im März den Vertrag von Kanagawa. Dieses Übereinkommen öffnete amerikanischen Schiffen die Häfen Hakodate und Shimoda für den Handel und die Versorgung ihrer Schiffe,

garantierte ausserdem die menschliche Behandlung amerikanischer Schiffbrüchiger. Ein amerikanischer Konsul sollte in Hakodate zugelassen werden.

## Die Westmächte sichern sich Vorteile

Schon im Oktober desselben Jahres 1854 schlossen die Engländer mit Japan einen ähnlichen Vertrag. Vier Jahre später kam es zum Abschluss eines Handelsvertrages. Die Verträge, die Japan in den folgenden Jahren mit den USA, Russland, Grossbritannien, Frankreich und anderen westlichen Staaten abschloss, enthielten vor allem drei Bedingungen: Die Hauptstadt Edo und andere wichtige Häfen wurden den Ausländern geöffnet, Japan wurde eine sehr niedrige Zollschanke für Einfuhren auferlegt, und die Angehörigen der jeweiligen ausländischen Nationen wurden von der Rechtsprechung japanischer Gerichte ausgenommen.

Das Muster der fortschreitenden Sicherung von Vorteilen durch die Westmächte, wie es bereits in China praktiziert wurde, schien sich auch im Verlaufe der nächsten Jahre fortzusetzen: die Ermordung eines Engländers durch Angehörige der japanischen Samurai-Kriegerkaste im Herbst 1862 veranlasste die britische Regierung, Sühnezahlungen zu fordern. Als dies ignoriert wurde, bombardierten britische Seestreitkräfte Kagoshima, die Hauptstadt des mächtigen Feudalclans der Satsuma, und erzwangen Reparationszahlungen. Auch der Versuch des Kaiserhauses, die Fremden loszuwerden, scheiterte. Kaiser Komei (reg. 1846-66) hatte 1862 den Befehl erlassen, dass er ab dem 24. Juni 1863 keinen Ausländer mehr in Japan zu sehen wünsche. An diesem Tag beschossen daher japanische Küstenbatterien ein amerikanisches Kriegsschiff, woraufhin ein vereintes amerikanisches, holländisches und französisch-britisches Geschwader die japanische Küste bombardierte: Grund genug für das Kaiserhaus, seine fremdenfeindliche Haltung zunächst aufzugeben und die aussenpolitische Niederlage in einen innenpolitischen Machtvorteil umzumünzen. Kurzerhand wurden dem offenbar militärisch überforderten Shogun einige seiner Privilegien entzogen. Eine Staatskrise kündigte sich an, überkommene Machtverhältnisse drohten zu kippen. Doch die eigentliche Krise hatte sich schon vor dem Auftauchen der «schwarzen Schiffe» des Commodore Perry bemerkbar gemacht.

## Samurais und Industriekapitäne

Japan war ein Feudalstaat. Seit Anfang des 17. Jahrhunderts lag die politische Macht in den Händen einer einzigen mächtigen Familie, des Tokugawa-Clans, dessen jeweiliges Oberhaupt sich als Shogun bezeichnete. Eine nur untergeordnete Rolle spielte hingegen der japanische Kaiser: Er verfügte lediglich über zeremonielle Befugnisse und war in nahezu jeder Hinsicht vom jeweiligen Shogun abhängig, der in Edo residierte. Etwa 250 Feudalherren, sogenannte Daimyo, hatten ihre Lehen vom Tokugawa-Shogun erhalten und gliederten sich in zwei Klassen. Diejenigen Familien, deren Vorfahren einst die Machtergreifung des Tokugawa-Clans unterstützt hatten, waren gehalten, jedem neuen Chef des Tokugawa-Clans die Treue zu schwören und die Hälfte ihrer Zeit am Hofe des Shoguns zu verbringen. Hingegen setzte sich die Klasse der sogenannten «äusseren Vasallen» aus Familien zusammen, deren Vorfahren gegen den Tokugawa-Clan opponiert hatten. Ihre Lehngebiete befanden sich ausserhalb der strategisch wichtigen Regionen des Reiches.

Im übrigen war es vor allem eine strenge Standesordnung, die der japanischen Gesellschaft ihren Stempel aufdrückte. Als herrschende Klasse fungierte dabei der Militäradel, die Kaste der Samurai. Ihre Angehörigen waren einem strikten Ehrenkodex verpflichtet und standen meist im Dienste eines Daimyo-Lehnsherrn, der seine Gefolgsleute durch die von der Bauernkaste erwirtschafteten Reisabgaben entlohnte. Im Gegensatz zu der mit Elitebewusstsein ausgestatteten Samurai-Kaste waren Handwerker und Kaufleute keine sonderlich angesehenen Gruppen. Im Verlaufe der langen Friedenszeit unter dem Tokugawa-Shogunat aber gewann gerade die verachtete Kaufmannsschicht faktisch an wirtschaftlichem Einfluss, während die notorisch unterbeschäftigten Samurai-Krieger

zunehmend in Finanznöte gerieten. Mit der Einführung der Geldwirtschaft verschuldeten sich ihre Lehnsherren zusehends bei den reichen Bankiers von Edo oder Osaka, und häufig genug blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre Schulden abzutragen, indem sie ihre im Grunde geringgeschätzten Gläubiger durch Adoption oder Heirat in die eigene Kriegerkaste aufsteigen liessen. Gleichzeitig suchten die Daimyos ihre Finanzlage durch andere geeignete Mittel zu verbessern. Sie investierten in lukrative Industriezweige oder beteiligten sich am Grosshandel. Es waren dabei vor allem die Familien der «äusseren Vasallen», die besonders flexibel und erfolgreich auf die Bedürfnisse des heimischen Marktes reagierten, sich teilweise sogar eine wirtschaftliche Monopolstellung sicherten.

So beispielsweise errang der schon erwähnte Satsuma-Clan einst ein profitables Zuckermonopol auf den Riukiu-Inseln. Die hieraus entspringenden Gewinne investierte er in verschiedene Industrien, so etwa in die Anlage von Schmelzwerken und die Produktion von Geschützen, aber auch in die Porzellanherstellung. Dass die dem herrschenden Tokugawa-Clan oppositionell gesonnenen Clans ihre wirtschaftliche Machtstellung dazu nutzten, um die politisch-militärische Macht des Tokugawa-Shogunats zu schwächen, liegt auf der Hand. Die «Koalition von Yen und Schwert» trug überdies dazu bei, das bestehende soziale Kastensystem zu unterminieren. Jene Lehnsherren, die weiterhin ausschliesslich auf ihre Pfründe in der traditionellen Agrarwirtschaft setzten, gerieten unweigerlich ins Hintertreffen, ihre Samurai-Gefolgsleute standen häufig vor dem wirtschaftlichen und existentiellen Ruin.

### Eine machtpolitische Krise

Körperliche Arbeit durfte ein Schwertträger aus Standesgründen nicht übernehmen. Viele ehemalige Samurai-Krieger fungierten daher als Verwaltungsbeamte der Clanchefs, anderen blieb nur die wirtschaftliche Verelendung, was zunehmende Unzufriedenheit unter den Angehörigen des nominell hochgeachteten Kriegerstandes erzeugte. Zur Zeit der westlichen Expansionsbestrebungen in Japan machte sich zudem auch eine machtpolitische Krise bemerkbar. Je offensichtlicher die wirtschaftliche und militärische Schwäche des Tokugawa-Shogunats wurde, desto stärker zeichnete sich eine Art von Oppositionsbewegung ab. Sie wurde von den aufrührerischen Clans, unzufriedenen Samurais und einer Bildungselite getragen, die sich ebenfalls meist aus den Angehörigen niederer Samurai-Ränge rekrutierte. Es waren junge, ehrgeizige Intellektuelle, die in den einzelnen Fürstentümern an Einfluss gewonnen hatten, auf die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit dem Westen setzten und die politische Zentralgewalt auf das Kaiserhaus übertragen wollten – eine Forderung, die von einigen Gelehrten schon im 18. Jahrhundert mit der Wiederherstellung der göttlich legitimierten kaiserlichen Herrschaft begründet wurde.

Als sich die Spannungen zwischen dem Shogun und dem regierenden Kaiser Komei verschärften, mischten sich auch die westlichen Grossmächte in den Machtkampf ein: England unterstützte mit Waffen und know-how ausgerechnet jene «fortschrittlichen» Clans, wie den der Satsuma, deren Gebiete es gerade noch bombardiert hatte. Frankreich hingegen setzte offensichtlich auf die, wie sich bald herausstellte, falsche Karte. Es schloss 1867 einen Geheimvertrag mit dem Shogunat und finanzierte ihm den Bau von Stahlwerken und Dockanlagen an der Bucht von Edo/Tokio. Kaiser Komei starb im Jahre 1867 und sein 15jähriger Sohn Mutsuhito, der als Kaiser Meiji in die Geschichte der japanischen Moderne eingehen sollte, bestieg den Thron. Zu dieser Zeit war der Machtkampf schon faktisch entschieden. Die vier bedeutendsten Clans – Satsuma, Choshu, Tosa und Hizen – hatten sich bereits zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, das von einigen reichen Mitgliedern der Kaufmannsgemeinschaft in Osaka finanziert wurde. Insbesondere die Familie Mitsui – später einer der vier bedeutendsten mächtigen Wirtschaftskonzerne Japans – wurde zu einem der Hauptfinanziers der künftigen kaiserlichen Politik.

## Der Putsch des Kaiserhauses

Die Machtübernahme durch das Kaiserhaus erfolgte binnen weniger Monate. Der letzte Shogun Keiki wurde abgesetzt, das Amt des Shoguns abgeschafft, und Anfang 1868 verkündete man die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Kaiserhauses. Ein letzter Aufstandsversuch der Shogunats-Anhänger scheiterte. Die Ära der sogenannten Meiji-Restauration brach an – ein Zeitalter ehrgeiziger Modernisierungsbestrebungen, vorangetrieben durch eine dynamische Verwaltungselite, die erkannte, dass ihr Land den technischen Fortschritt des Westens einholen musste, um im aussenpolitischen Machtpoker bestehen zu können.

Dies bedeutete zunächst einmal, dass man sich bemühte, vom Westen zu lernen: eine Absicht, die mit erstaunlicher Konsequenz in Angriff genommen wurde. So erfasste die von oben verordnete Reformkur nahezu jeden Bereich des japanischen Alltagslebens. Die Abschaffung des althergebrachten Samurai-Privilegs, Schwerter zu tragen, fiel ebenso darunter wie die flächendeckende Einrichtung von Grundschulen, verbunden mit der allgemeinen Schulpflicht. Engländer, Amerikaner, Franzosen, Deutsche wurden ins Land gerufen, um als Eisenbahn- und Schiffbauingenieure, Steuer- und Rechtsberater, Ackerbaufachleute und Universitätsprofessoren, Militärberater und Diplomaten in Japan zu wirken. Gleichzeitig wurden japanische Studenten nach Berlin, London, New York und Paris geschickt.

Den früheren Daimyo-Feudalfürsten wurden hohe Regierungsämter zugeschanzt. Sie mutierten – nach Landreform und staatlicher Rentenablösung – zu Aktionären und Industriellen. Fabriken wurden errichtet, Eisenbahnen gebaut, Fürstentümer aufgelöst und der Zentralgewalt des Kaisers unterstellt, Präfekturen mit moderner Verwaltungsstruktur geschaffen, Banken eingerichtet, ein modernes Steuersystem etabliert, Telegrafleitungen verlegt, erste moderne Rüstungsgüter produziert. Es war diese rasche Anverwandlung ausländischer Einflüsse, die Japan in den kommenden Jahrzehnten den wirtschaftlichen und politischen Vorsprung vor allen anderen Staaten Ostasiens sichern sollte. Während man sich etwa im benachbarten China schwer tat, die in Jahrhunderten zementierten Gesellschaftsstrukturen und Lebensgewohnheiten im Interesse einer immer dringlicheren Modernisierung des Landes zu ändern, reagierte man in Japan mit jener Flexibilität, die dem Inselstaat bereits in früheren Jahrhunderten von Nutzen gewesen war. Auch in den Frühzeiten japanischer Geschichte hatte man sich nicht gescheut, einen Grossteil der eigenen Kultur von ausländischen Vorbildern – insbesondere von China – zu übernehmen und für die eigenen Bedürfnisse fruchtbar zu machen. Die Entwicklung der japanischen Schriftsysteme aus chinesischen Schriftzeichen sei hier nur als ein Beispiel unter vielen genannt.

## Modernisierung ohne Demokratie

Der Modernisierungsprozess in der Meiji-Epoche freilich forderte auch seine Opfer. Ganze Bevölkerungsschichten sahen sich dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin ausgeliefert. Wenn auch etliche Mitglieder der alten Samurai-Kaste den Sprung in die neue Zeit als «Businessmen», Staatsbeamte, Polizisten oder Lehrer schafften, so blieben doch Tausende ehemaliger Krieger übrig, die sich den veränderten Lebensbedingungen nicht anpassen konnten. Die geringen Pensionen, die ihnen vom Staat gewährt wurden, reichten kaum aus, um den Lebensunterhalt zu fristen. Ihrer alten Privilegien waren sie schon längst verlustig gegangen. Unzufriedenheit herrschte auch unter den Bauern, deren Steuerlast in den ersten Jahren der Meiji-Ära eher noch drückender wurde. In diesen ersten Jahren kam es häufig zu Aufständen deklassierter Samurais, zu Bauernrevolten und Tumulten, wann immer es galt, neue Dekrete und Verordnungen durchzusetzen.

All diese Revolten konnten indes die Staatsmacht nicht ernstlich gefährden, ja letztere ging bald daran, sich selbst zu reformieren. Am 11. Februar 1889 übergab Kaiser Meiji seinem

Premierminister, Graf Kurota, in einer feierlichen Zeremonie die erste schriftlich niedergelegte Verfassung Japans: ein Geschenk des Kaisers an seine Untertanen. Entsprechend weit entfernt war denn auch diese kaiserliche Verfassung von demokratischen Vorstellungen. Japan, so hiess es in diesem Dokument, solle «von einer seit ewigen Zeiten ununterbrochenen Reihe von Kaisern regiert und beherrscht werden». Dennoch wurde die Macht des Kaisers in einem wichtigen Punkt beschnitten: Sämtliche kaiserliche Verordnungen sollten wirkungslos bleiben, wenn der Reichstag seine Zustimmung verweigerte. Auch hatte man diesen Reichstag nach westlichem Muster in zwei Kammern gegliedert, Das Oberhaus bestand aus Angehörigen des gesamten Adels, einigen Vertretern der höchsten Steuerklasse und wenigen, vom Kaiser ernannten Personen. Das Repräsentantenhaus setzte sich aus allgemein gewählten Vertretern zusammen. Da aber lediglich die Besitzer eines bestimmten Vermögens in den Genuss des neuen Wahlrechts kamen, bedeutete dies faktisch, dass nur wenig mehr als ein Prozent der japanischen Bevölkerung wahlberechtigt waren.

In ähnlich ambivalenter Weise gestaltete sich auch die Behandlung der «Rechte und Pflichten der Untertanen» in der neuen Verfassung. Dem japanischen Volk waren Rechte wie Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit zugesichert, ebenso, wie der Schutz vor Willküraktionen der Staatsgewalt. Aber all diese Rechte waren durch aufschlussreiche Zusätze, wie «... ausgenommen in solchen Fällen, für die im Gesetz Vorsorge getroffen ist», eingeschränkt.

### Preussen als Vorbild

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Staatsverfassung übte dabei das deutsche Kaiserreich aus. Eine erste japanische Regierungsdelegation, die Europa bereiste, wurde im März 1873 in Berlin von Reichskanzler Bismarck empfangen. Letzterer empfahl seinen japanischen Gästen die preussische Militärpolitik als nachahmenswertes Beispiel für die Karriere eines Landes zur internationalen Grossmacht. In Japan war man beeindruckt und engagierte im Jahre 1879 den deutschen Generalstabsoffizier Jacob Meckel, der das japanische Militär, wo seit 1873 die allgemeine Wehrpflicht galt, nach preussischem Vorbild reorganisierte. Ein anderer Deutscher, der Staatsrechtler Hermann Roesler, übernahm es, die herausragende Stellung des japanischen Militärs innerhalb der neugeschaffenen Verfassung juristisch zu untermauern. Und 1885 gar, wurde das japanische Bildungswesen nach preussisch-autoritärem Strukturmodell in Volksschule, Gymnasium und Universität gegliedert. Selbst die japanische Geschichtswissenschaft an der Kaiserlichen Universität Tokio folgte deutschen Vorbildern: Ludwig Riess, ein Schüler Rankes, machte seine japanischen Studenten mit deutscher Quellenkritik vertraut.

Die Deutschlandbegeisterung der kaiserlichen Reformpolitiker Japans in den Jahren vor der Jahrhundertwende kam nicht von ungefähr. Beeindruckt zeigte man sich vor allem von den autoritären, ja militaristischen Zügen preussisch-deutscher Innen- und Aussenpolitik. Die an militärischer Disziplinierung ausgerichteten Bestrebungen im Erziehungswesen, die Bemühungen um eine Stabilisierung der kaiserlichen Machtstellung durch die «Vergöttlichung» des Tennos in der Öffentlichkeit – all dies lässt Parallelen zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat erkennen.

### Mit Reformen gegen den Souveränitätsverlust

Über die Zielsetzung der Reformpolitik konnte denn auch kein Zweifel bestehen: Japan strebte danach, nicht nur den durch die westliche Dominanz in Ostasien erlittenen Souveränitätsverlust wieder wettzumachen, sondern auch selbst zur Grossmacht zu werden. Den Auftakt bot der Krieg gegen China im Jahre 1894 um den Zankapfel Korea. Das Königreich Korea zählte nominell zu den tributpflichtigen Vasallenstaaten der ehemaligen ostasiatischen Grossmacht China. Eine Revolte, in deren Verlauf chinesische Truppen zur Unterstützung des koreanischen Königs in Korea eindringen, lieferte Japan den willkommenen Anlass zu einer bewaffneten Intervention:

Nach erfolgter Kriegserklärung vertrieben die Japaner die Chinesen aus Korea, vernichteten ein chinesisches Geschwader vor der Mündung des Yaluflusses, nahmen Port Arthur und die Liaodong-Halbinsel in der Südmandschurei ein und besetzten einen Hafen an der Küste der chinesischen Provinz Shandong. In dem im April 1897 unterzeichneten Vertrag von Shimonoseki diktierte Japan seinem besiegten Gegner die Bedingungen: die Abtretung von Taiwan, von Port Arthur, der Pescadorensen-Inseln und der Halbinsel Liaodong an Japan, die Zusicherung einer Kriegsschadung und die chinesische Anerkennung der «Unabhängigkeit» Koreas.

Solch energisches Vorgehen nach der Art westlicher Kolonialmächte rief indes die Europäer auf den Plan. In der sogenannten «Tripelintervention», einer gemeinsamen diplomatischen Aktion Russlands, Frankreichs und Deutschlands wurde Japan der mehr oder weniger wohlmeinende «Rat» erteilt, den Anspruch auf die Liaodong-Halbinsel und auf Port Arthur fallenzulassen. Japan fügte sich – vorerst. Immerhin aber, beschleunigten derartige Kriegserfolge die Revision der «ungleichen Verträge», die Japan einst im Verlaufe seiner erzwungenen «Öffnung» widerwillig mit den Westmächten geschlossen hatte. Im Jahre 1894 wurde in London ein Abkommen mit Grossbritannien unterzeichnet, das die «ungleichen» Klauseln der älteren Verträge mit England nach Ablauf einer fünfjährigen Frist aufheben sollte. Übereinkommen mit anderen westlichen Staaten folgten. Und wiederum einige Jahre später gelang es Japan als erstem fernöstlichen Staat, zum gleichberechtigten Bündnispartner einer führenden westlichen Grossmacht aufzusteigen.

### Japans Aufstieg zur Grossmacht

Am 30. Januar 1902 schloss Japan einen Bündnisvertrag mit Grossbritannien, der sich gegen einen gemeinsamen Rivalen richtete: Russland. Das zaristische Russland hatte seine Einflussgebiete in der chinesischen Mandschurei ausgedehnt und übte nun zusehends militärisch-politischen Druck auf Korea aus, was die japanische Regierung als unstatthaften Übergriff auf eigene Interessen betrachtete. In den Jahren 1903/04 hatte es noch den Anschein, als ob sich Russland und Japan über die Aufteilung ihrer Interessensgebiete einigen könnten. Aber bereits am 4. Februar 1904 befahl die japanische Regierung die Einstellung aller diplomatischen Verhandlungen. Zwei Tage darauf nahmen japanische Seestreitkräfte Kurs auf die südliche Mandschurei und Korea. Am 8. Februar 1904 telegraphierte der letzte russische Zar an seinen Statthalter im Fernen Osten, Admiral Alexejew: «Es ist erwünscht, dass die Japaner und nicht wir diejenigen sind, die mit militärischen Operationen beginnen ... Falls aber die japanischen Seestreitkräfte den 38. Breitengrad an der Westküste von Korea mit oder ohne Landung überschreiten sollten, erteile ich Ihnen hiermit die Vollmacht, sie anzugreifen, ohne darauf zu warten, dass der erste Schuss von japanischer Seite aus fällt. Ich verlasse mich auf Sie. Gott helfe Ihnen!» Der fromme Wunsch des Zaren ging nicht in Erfüllung. Japanische Kanonenboote eröffneten ohne vorherige Kriegserklärung ein Bombardement auf die russische Festung in Port Arthur, schlugen im August 1904 das Pazifik-Geschwader der russischen Fernostflotte bei Port Arthur und besiegten im Februar 1905 das russische Landheer in der Mandschurei. Selbst die in den Fernen Osten entsandte russische Ostsee-Flotte konnte die Niederlage nicht mehr aufhalten: Sie wurde in der Seeschlacht von Tsushima vernichtet.

Der am 5. September 1905 unterzeichnete Friedensvertrag mit Russland, wo inzwischen die erste Revolution ausgebrochen war, sicherte Japan weit reichende Rechte auf dem chinesischen Festland. «Durch die Ablösung Russlands in der südlichen Mandschurei schloss sich Japan der Gesellschaft der westlichen Nationen in ihrer Ausbeutung des darniederliegenden China an», kommentiert sarkastisch der britische Historiker und ehemalige Kolonial-Offizier Richard Storry in seiner «Geschichte des modernen Japan».

Der weitere aussenpolitische Weg des Inselreiches schien vorgezeichnet. Unter dem Enkel von Kaiser Meiji – dem Tenno Hirohito – fand die rücksichtslose Expansionspolitik Japans ihre Fortsetzung: im Zweiten Weltkrieg und in den Kriegsverbrechen, die japanische Truppen in China verübten – eine bedenkliche Hypothek, die bis auf den heutigen Tag in Japan selbst verdrängt wird.

*Dr. Dagmar Lorenz, geb. 1957, hat Sinologie und Germanistik studiert. Gegenwärtig arbeitet sie als Journalistin für Rundfunk und Printmedien in Wiesbaden (Deutschland).*